

: So soll der Libanon fruchbares Land werden. Christen im Libanon – Probleme und Perspektiven.

Tagung der Ev. Akademie Hofgeismar 13-15 Okt 2006, Hofgeismar
Protokolle 345, Evangelische Akademie Hofgeismar 2007.

Steht der Libanon vor dem Zusammenbruch? ¹

Abdel-Raouf Sinno

In meiner Studie aus dem Jahr 2002 zum islamisch-christlichen Zusammenleben im Libanon² sprach ich vom Begriff der Koexistenz (arab. *al-ta'ayusch*) zur Benennung der Beziehungen zwischen Christen und Muslimen. Damals war ich skeptisch gegenüber dem von Politikern und Religionsvertretern häufig verwendeten Begriff *al-'aysch al-muschtarak* (d.h. der Libanon sei eine „verschmolzene Gesellschaft“). Der Libanon befindet sich seit seiner Gründung immer noch in der Phase der Koexistenz, d.h. des Schwankens zwischen Einigkeit und Konflikt. Der Grund dafür ist sein konfessionell-pluralistisches System. In dem Paragraph der Verfassung von 1926 wurde der konfessionellen Grundstruktur ein provisorischer, vorübergehender Charakter verliehen, doch dauerte dieses Provisorium im Grunde bis zum heutigen Tage an. Der Nationalpakt von 1943 war auch ein vorübergehender konfessioneller Kompromiß zwischen Sunniten, vertreten durch Riyad al-Sulh, und Maroniten, vertreten durch Bischara Khoury. In diesem ungeschriebenen Abkommen einigten sich die zwei Hauptreligionsgruppen auf eine proportionale Staatsämterverteilung, d.h. Staatspräsident sollte stets Maronit sein, der Ministerpräsident Sunnit und der Parlamentspräsident Schiit. Dazu kam die Verteilung der Parlamentssitze entsprechend dem konfessionellen Proporz (Christen-Muslime im Verhältnis 6:5). Das Ta'if -Abkommen aus dem Jahre 1989, das den Bürgerkrieg beendete, führte leider nicht zur nationalen Versöhnung und Einheit. Der Konfessionalismus blieb in Kraft, während die Parlaments- und Kabinettsitze 50 zu 50 verteilt wurden.

¹ Ursprünglich als Vortrag gehalten am 15. Oktober 2006 in der Evangelischen Akademie Hofgeismar. Die aktuellen Ereignisse nach diesem Datum wurden nicht mehr berücksichtigt.

² Abdel-Raouf Sinno, Noch keine Verschmelzung, sondern zerbrechliche Koexistenz: Der Libanon zu Anfang des 21. Jahrhunderts, in: Dokumentationsbrief 1/2003: Libanon – Brüche und Aufbrüche in einer multireligiösen Gesellschaft, Tagung vom 25–27.10.2002 in der Evangelischen Akademie Bad Boll, 11–20.

Strittig ist unter den Libanesen seitdem die Form ihrer Demokratie und ihres politischen Systems, die Verteilung der Macht sowie die Sanierung und Modernisierung des Landes. Dazu ist die libanesische Außenpolitik ein Brennpunkt innerer Probleme: Was soll mit den Palästinensern im Lande geschehen? Welche Haltung soll der Libanon gegenüber dem arabisch-israelischen Konflikt einnehmen, nicht zuletzt in den Beziehungen zu Syrien, dem Iran und der westlichen Welt, vor allem zu den Vereinigten Staaten und deren Politik im Mittleren Osten? Mit anderen Worten, die Instabilität der libanesischen Gesellschaft und des schwachen Staates spiegelte sich wider in der Geo-Politik, d.h. in der Auseinandersetzung zwischen Arabern und Israelis bzw. zwischen Syrien und Israel und nicht zuletzt im Konflikt zwischen den USA und Iran.

Trotz des Ta'if-Abkommens, des Abzuges der israelischen Armee im Jahre 2000 und des Abzuges der Syrer fünf Jahre später blieb es schwierig, den Libanon zu regieren. Ich bezweifle, daß der Libanon fähig ist, seine traditionellen inneren Probleme zu überwinden. Aufgrund der Ereignisse der letzten Monate herrschen im Lande gefährliche Spannungen, es tauchten neue Widersprüche auf.

Meine *These* lautet: Es gibt nur wenig Hoffnung, daß der Libanon mit seinen 18 Religionsgemeinschaften die aktuellen Probleme, auf die ich eingehen werde, überwindet, solange das Land ein Feld regionaler Konflikte ist und die Libanesen sich nicht in der Lage sehen, ihre Probleme selbst zu lösen und nicht durch das Ausland lösen zu lassen. Hinzu kommt, daß politischer Konfessionalismus herrscht und keine Veränderung der politischen Struktur, der Mentalität und der politischen Kultur in Sicht ist. – Ich werde auf folgende Punkte eingehen, um meine These zu belegen:

1. Das Ta'if-Abkommen

Das Ta'if-Abkommen war eine ausländische Lösung für die Beendigung des Krieges. Es wurde von Anfang an von der Hisbollah sowie von General Michael

Aoun abgelehnt. Das Ziel der Hisbollah war (ist) die Abschaffung des Konfessionalismus, wodurch die Schiiten als größte Konfession im Vorteil wären. Aoun lehnte damals das Ta'if-Abkommen ab, weil es gegen seinen Willen geschaffen wurde. Seine Augen richteten sich damals und richten sich nach wie vor auf das Amt des Staatspräsidenten. Das Ta'if-Abkommen führte zu einer neuen Machtverteilung. Gemäß dem Nationalpakt von 1943 war die politische Macht im Parlament und Kabinett 6 zu 5 zugunsten der Christen aufgeteilt. Der Staatspräsident sollte außerdem stets ein Christ sein. Obwohl die Staatspräsidentschaft den Christen durch das Ta'if-Abkommen erhalten blieb, wurde die tatsächliche Machtverteilung verändert: Die Sitze im Parlament und im Kabinett sind nun 50 zu 50 verteilt. Zugleich bestimmte das Ta'if-Abkommen, daß der christliche Staatspräsident seine bisherigen Machtbefugnisse an das Kabinett abtreten mußte (siehe Tab. I).

Unter syrischer Herrschaft wurde das Ta'if-Abkommen weder vollständig umgesetzt, noch führte es zu nationaler Einheit. Doch wurde es häufig verletzt. Der Paragraph über die Abschaffung des politischen Konfessionalismus stand nie zur Diskussion und wurde auch nicht annähernd umgesetzt. Obwohl die Christen um den maronitischen Patriarchen Sfeir das Abkommen zunächst akzeptiert hatten, lehnten sie die Abschaffung des politischen Konfessionalismus später wiederholt ab. In einem Land wie dem Libanon, wo politischer Konfessionalismus herrscht, existiert keine politische Kultur oder echte Demokratie im Sinne des Westens, wo die Mehrheit die Minderheit anerkennt und ihre sozio-politischen Rechte respektiert. Deswegen werden die Christen von der Furcht umgetrieben, daß die islamische Mehrheit die Politik bestimmen könnte und sie dadurch als Minderheit benachteiligt würden. Heute beträgt der Anteil der Christen kaum 35 % (siehe Tab. II). Wenn sich die Anzahl der Christen durch Auswanderung weiter verringert, wird dies erhebliche Konsequenzen für die Machtverteilung (den Proporz) nach sich ziehen.

Nach der Ermordung des Premierministers Hariri und dem darauf folgenden Abzug der Syrer aus dem Libanon sprachen maronitische Führungspersönlichkeiten von

einem neuen Abkommen, d.h. der Abschaffung des Ta'if-Abkommens. Die Befugnisse bzw. die Schwäche des Amtes des Staatspräsidenten sowie die Wahlgesetze von 1992 und 2000 (die Abhängigkeit der christlichen Kandidaten für das Abgeordnetenhaus von muslimischen Wählerstimmen) waren einige der Gründe für die christliche Frustration.

Zur Zeit sind die Christen mit inneren Problemen beschäftigt. Mit der Zeit werden wir aber erneut Streitigkeiten zwischen Christen und Muslimen um ein neues „Ta'if-Abkommen“ und um ein neues Wahlgesetz erleben. Christen und Drusen befürworten kleinere Wahlbezirke, so daß ihre Kandidaten direkt von ihnen gewählt werden können. Wenn die Muslime in Übereinstimmung mit dem Ta'if-Abkommen zukünftig auf der Abschaffung des politischen Konfessionalismus bestehen und die Christen dagegen ihre alte Forderung aufgeben, auch den gesellschaftlichen Konfessionalismus abzuschaffen, werden wir Unruhen haben. Die Muslime lehnen jeglichen Versuch einer Säkularisierung des gesellschaftlichen Lebens ab. Das widerspricht ihrer Scharia. Was würde passieren, wenn die Muslime als Mehrheit der Bevölkerung einmal den heutigen Proporz (50 zu 50) ablehnen und eine Neuverteilung der ersten drei Staatsämter anstreben würden?

2. Die dauerhafte Ansiedlung der Palästinenser im Libanon

Bekanntlich weigert sich Israel, die UN-Resolution 194 durchzuführen, d.h. die Rückkehr der Palästinenser aus den arabischen Ländern nach Israel zuzulassen. Diese Ablehnung trifft auf keinen ernsthaften Widerspruch seitens der USA und der europäischen Staaten. Israel spricht von einer dauerhaften Ansiedlung der Palästinenser in jenen arabischen Ländern, in die sie geflohen waren. Der Mangel an arabischem Widerstand und die Schwäche der arabischen Regierungen könnten dazu führen, daß wir es mit der faktischen Einbürgerung von 400.000 Palästinensern im Libanon zu tun bekommen. Dieser Schritt könnte zu scharfen Auseinandersetzungen führen, weil die meisten Palästinenser Sunniten sind und ihre Einbürgerung die konfessionelle Demographie signifikant verändern würde.

In einem Land wie dem Libanon spielt die Demographie eine wichtige Rolle für das sozio-politische Gleichgewicht zwischen den 18 Konfessionen. Aufgrund veränderter demographischer Daten hatten die Muslime seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts immer wieder ihre Stimme erhoben, um mehr politische Macht zu gewinnen. Vor allem beanspruchten sie das Amt des Staatspräsidenten. Die Ansiedlung von Palästinensern wird allerdings nicht nur von Christen abgelehnt, sondern auch von den Schiiten, die sich jetzt als die größte Gemeinschaft behaupten. Die Verleihung der libanesischen Staatsangehörigkeit an die sunnitischen Palästinenser könnte zu einem konfessionellen Ungleichgewicht führen, das gefährliche Konsequenzen mit sich brächte.

3. Die Ermordung von Hariri und das Internationale Tribunal

Am 14. Februar 2005 fiel der Premierminister Rafik Hariri einem Attentat zum Opfer. Die Führung der Sunniten ging auf seinen Sohn Sa'ad über. Die Ermittlungen des Attentats lagen in den Händen eines Tribunals mit internationalem Charakter. Alle politischen Anschuldigungen richteten sich gegen Syrien; sie bezogen sich auf die Tatsache, daß die Ermordung von Hariri in syrischem Interesse lag. Das politische System in Damaskus befürchtet, daß hohe syrische Staatsmänner vor Gericht gestellt werden. Es gibt Hinweise, daß Syrien, um sich vom Gerichtsverfahren zu befreien, die Libanesen zu terrorisieren versucht, einmal durch die Ermordung von Oppositionsführern, zum anderen durch eine Eskalation der inneren Lage im Land. Es ist nicht auszuschließen, daß libanesischen politische Kräfte daran mitschuldig sind. Vor einigen Monaten traten Hisbollah- und Amal-Minister vorübergehend aus der Regierung Siniora aus, weil sich das Kabinett gegen ihren Wunsch zugunsten des Tribunals mit internationalem Charakter entschieden hatte. Am 11. November 2006 traten sie endgültig zurück, weil die Siniora-Regierung den Vertrag mit der UN unterschrieben hatte. Nun entschlossen sich die Hisbollah und General Aoun, die Siniora-Regierung zu stürzen, um dadurch die Arbeit des Tribunals mit internationalem Charakter zu verhindern. Hisbollahführer befürchten, vor das

Tribunal mit internationalem Charakter gestellt zu werden, und zwar nicht nur wegen der Ermordung Hariris, sondern auch wegen der Tötung von amerikanischen Staatsbürgern in den achtziger Jahren. Die Verhinderung des Tribunals liegt auch in syrischem Interesse. Hisbollah und Staatspräsident Lahoud leisten Widerstand gegen das Tribunal. Es ist heute schwer zu sagen, ob Staatspräsident Lahoud den UN-Vertrag für die Bildung des Tribunals unterzeichnen wird. Auch ist unsicher, ob das Parlament bis dahin bestehen bzw. handlungsfähig bleibt, um den Vertrag zu ratifizieren. Hisbollah und Aoun beabsichtigen jedenfalls, das Abgeordnetenhaus zu torpedieren. Ich werde später darauf noch einmal eingehen.

4. Die Absetzung der Regierung Siniora und neue Parlamentswahlen

Nach dem Krieg mit Israel im Jahr 2006 will die Hisbollah das sozio-politische Leben Libanons neu gestalten. Sie nutzt ihren angeblichen Sieg über Israel sowie ihre militärische Stärke und ihren Einfluß bei den Schiiten, um einen „Putsch“ herbeizuführen. Der erste Schritt ist die Erweiterung der Siniora-Regierung, in der sie und ihre Verbündeten ein Drittel der Sitze + einen Sitz haben, d.h. sie können jede Entscheidung der Regierung blockieren. Der zweite Schritt ist die Bildung einer neuen Regierung, in der die Hisbollah unter Hassan Nasrallah und seinen Verbündeten die Mehrheit stellen könnte. Dafür benötigt man aber einen dritten Schritt: ein neues Wahlgesetz, das es der Hisbollah und ihren Verbündeten erlauben würde, die Mehrheit der Parlamentssitze zu gewinnen. Schließlich wird die Neubesetzung des Amtes des Staatspräsidenten im nächsten Jahr anvisiert. Sollten diese Pläne Wirklichkeit werden, so würden die Schiiten mit ihren angeblich schwachen Verbündeten alle drei Institutionen kontrollieren.

Die Hisbollah verschleiert ihr Vorhaben mit dem Aufruf zur Gründung einer neuen „Regierung der nationalen Einheit“, mit der sie und ihre Verbündeten das Kabinett beherrschen und ein neues Wahlgesetz in Kraft setzen wollen. Auf welchen Wegen wird man versuchen, die Siniora-Regierung zum Rücktritt zu zwingen? Zwei Möglichkeiten sind denkbar: entweder durch Demonstrationen, die angeblich zu

einem blutigen Zusammenstoß mit den Anhängern der Mehrheit führen könnten, oder durch den Rücktritt der Parlamentsabgeordneten von Hisbollah/Amal/Aoun (57), was auf jeden Fall Neuwahlen bedeuten würde. Dabei stellen sich die Fragen: Werden die Gegensätze zwischen den zwei Fronten ein neues Wahlgesetz und Neuwahlen überhaupt ermöglichen? Kann man in dieser Situation einen neuen Staatspräsidenten im November wählen? Falsche Einschätzungen in diesen Fragen könnten zu einer politischen Katastrophe führen.

5. Die neuen politischen Gruppierungen

Eine sehr gefährliche Folge der Ermordung von Premierminister Hariri war das Entstehen neuer politischer Gruppierungen. Während der syrischen Besatzung hatte Damaskus daran Interesse, daß die Libanesen gespalten blieben in Anhänger und Gegner Syriens bzw. einer syrischen Präsenz im Libanon. Wer die syrische Hegemonie ablehnt, ist in den Augen der Syrer ein Verräter und steht auf der Seite Israels. Die meisten Muslime befanden sich damals auf der Seite Syriens und standen damit im Gegensatz zu den Christen, von denen die syrische Anwesenheit im Libanon mehrheitlich abgelehnt wurde. Diese Spaltung hielt an bis zur Ermordung Hariris. Bekanntlich führte die Ermordung Hariris zu einem Umbruch. Während sich die Mehrheit der Sunniten und Drusen nun zusammen mit den Christen gegen Syrien stellte³, schlugen sich die Schiiten – wie immer – auf die Seite Syriens. Seitdem kann man nicht mehr von einem konfessionellen (christlich-muslimischen) Streit sprechen.

Mit der Rückkehr General Aouns aus dem Exil im Jahre 2005 und der Spaltung innerhalb des Blocks vom 14. März⁴ entstand auch eine Spaltung innerhalb der christlichen Gemeinschaft. Aouns alter Traum, um jeden Preis Staatspräsident zu

³ Siehe meine Studie über die veränderte Haltung der Sunniten gegenüber Syrien nach der Ermordung von Hariri: Abdel-Raouf Sinno, „Syrien – Libanon und die internationalen Veränderungen: Von dem Ta'ifabkommen bis zur Resolution 1595“, in: Hiwar al-Arab (Beirut) 7 (2005), 8–16 (arabisch).

⁴ Überkonfessionelle Sammelbezeichnung für diejenigen politischen Kräfte, die in der Ablehnung der syrischen Besatzung übereinkommen; die Bezeichnung geht zurück auf die antisyrische Massendemonstration vom 14. März 2005 in Beirut.

werden, spaltete den Block vom 14. März, als er sich mit der Hisbollah verständigte. Heute existiert eine Spaltung mit gefährlichen Dimensionen, nicht nur unter den Christen (Aoun und die Gruppe von Qurnat Schahwan⁵), sondern auch unter Sunniten und Drusen. Jetzt gibt es sunnitische Politiker, die mit Syrien kollaborieren bzw. mit der Hisbollah gegen andere Sunniten unter der Führung von Sa'ad Hariri vorgehen. Die Drusen sind auch gespalten in Anhänger von Walid Jumblat und Anhänger von Talal Arslan.

Spaltungen innerhalb der Konfessionen sind in der Geschichte des Libanon bisher nur selten vorgekommen. Bis 2005 kannte man in der Regel nur eine Spaltung zwischen Christen und Muslimen. Aufgrund der Zusammenarbeit zwischen Aoun, Frankieh, Arslan, Karameh und Hisbollah auf der einen Seite und des Zusammenschlusses der Christen von Qurnat Schahwan, der Drusen von Jumblat sowie der Sunniten von Hariri auf der anderen Seite, kann von einem konfessionellen Streit keine Rede mehr sein.

Eigentlich könnte eine solche Form der Lagerbildung für das politische System des Libanon durchaus heilsam sein; die Nachteile des Konfessionalismus könnten dadurch überwunden werden. In Wirklichkeit sind die scharfen Kontroversen zwischen Schiiten und Sunniten, zwischen Drusen und Drusen und zwischen Christen und Christen aber höchst gefährlich und könnten zu einem Chaos führen. Denn diese überkonfessionellen Zusammenschlüsse sind meiner Meinung nach nicht strategischer, sondern rein taktischer Natur. Die traditionellen Widersprüche zwischen Christen und Muslimen bleiben nämlich bestehen. Es ist davon auszugehen, daß wir nach der Überwindung der aktuellen Probleme den alten konfessionellen Streit zwischen Christen und Muslimen abermals erleben werden: um das Ta'if-Abkommen, das politische Proporzsystem, die Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die dauerhafte Ansiedlung der Palästinenser, den Wiederaufbau und die endgültige Identität Libanons usw.

⁵ Ein Zusammenschluß antisyrischer christlicher Parlamentsabgeordneter.

6. Der Streit um einen neuen Nachfolger für Staatspräsident Lahoud

Im Jahr 1988 waren im Libanon zum ersten Mal die Folgen einer Uneinigkeit über die Wahl eines neuen Staatspräsidenten zu spüren. Die damalige Regierung war in zwei Gegenregierungen gespalten, eine unter General Aoun (Provisorischer Premierminister 22.9.1988–13.10.1990, international nicht anerkannt), die andere unter dem pro-syrischen Selim al-Hoss (Premierminister 1.6.1987–24.12.1990). Im September 2004, entschied sich Präsident Assad gegen den Willen aller Libanesen und der Großmächte, die Amtszeit von Präsident Lahoud zu verlängern. Die USA und die Europäische Union, vor allem Frankreich, waren dagegen und hatten die UN-Resolution 1559 verabschiedet, in der Syrien zum Abzug aus dem Libanon sowie zur Entwaffnung der Milizen aufgefordert wurde und vor einer Einmischung in die Präsidentschaftswahlen gewarnt wurde. (siehe Tab. III)

Seit der Verlängerung der Amtszeit Lahouds durch Damaskus-Druck (im Widerspruch zu der libanesischen Verfassung) verlor das Amt des Staatspräsidenten zunehmend an Gewicht, da der Block des 14. März, die USA und die europäischen Staaten die Zusammenarbeit mit Lahoud boykottierten. Obwohl viele Abgeordnete des späteren (nach der Ermordung Hariris entstandenen) Blocks des 14. März der illegalen Wiederwahl Lahouds zugestimmt hatten, lehnten sie seinen Verbleib im Amt des Staatspräsidenten nach dem Abzug der Syrer ab. Sie gehen davon aus, daß sein Amt unter syrischem Druck verfassungswidrig verlängert worden war. Seitdem fordern sie mit Nachdruck den Rücktritt des Präsidenten.

Daß es dazu nicht kam, ist den pro-syrischen Kräften, vor allem der Hisbollah und General Aoun zuzuschreiben. Aoun verfolgt seit 1988 das Ziel, Staatspräsident zu werden. Weil der Block des 14. März dies ablehnt, verhindert nun Aoun seinerseits die Absetzung von Lahoud. Denn Aoun würde der Absetzung von Lahoud nur unter der Zusicherung zustimmen, dann selbst Staatspräsident zu werden. Weil eine solche Garantie unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht durchsetzbar ist, will

Aoun die Siniora-Regierung absetzen und vorzeitige Parlamentswahlen ausrufen. Mit einer neuen Regierung, einem neuen Wahlgesetz und einem neuen Parlament rechnet sich Aoun bessere Chancen aus für seine Präsidentschaft.

Die Boykottierung Lahouds durch den Block des 14. März und die Großmächte hat den Staat Libanon lahm gelegt. Es ist derzeit ungewiß, ob die Gegensätze zwischen den Konfessionen und Gruppierungen die Wahl eines neuen Präsidenten leichter machen. Aufgrund der Widersprüche im Lande könnte es dazu kommen, daß wir im kommenden November ohne Staatspräsident dastehen. Das würde zu einer erneuten Regierungskrise führen, die im Interesse Syriens liegt; Präsident Assad hatte den Libanesen ja unverhohlen angedroht, ihr Land zu zerstören.

7. Die Waffe Hisbollah

Durch den Abzug der Israelis aus dem libanesischen Territorium im Jahre 2000 waren eigentlich die Voraussetzungen für die Beendigung des libanesisch-israelischen Konflikts geschaffen worden. Doch bald danach erklärte die Hisbollah im Einvernehmen mit Syrien, daß sie sich verpflichtet fühle, die Farmen von Schebaa zu befreien⁶. Syrien, dessen Friedensverhandlungen mit Israel im Jahre 2000 gescheitert waren, erklärte, daß die Schebaa-Farmen dem Libanon gehörten, obwohl die UN-Resolution 242⁷ die Farmen als syrisches Gebiet betrachtete. Dadurch wollte das Regime in Damaskus den Konflikt mit Israel mit Hilfe der Hisbollah neu anheizen; die Hisbollah sollte eine tragende Rolle im arabisch-israelischen Konflikt spielen. Bemerkenswert ist, daß Syrien den Libanon seit den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts für seinen Konflikt mit Israel instrumentalisiert

⁶ Mit „Schebaa-Farmen“ wird ein kleines Gebiet am Westhang des Berges Hermon bezeichnet, das südlich des libanesischen Dorfes Schebaa im Grenzgebiet von Syrien, Libanon und Israel liegt. Im Sechs-Tage-Krieg 1967 waren die Schebaa-Farmen von Israel erobert worden; seitdem befinden sich dort einige militärische Außenposten Israels. Israel hatte das Gebiet auch nach dem Abzug seiner Truppen aus dem Libanon 2000 nicht geräumt. Syrien behauptet seit dem Jahr 2000, das Gebiet 1951 dem Libanon geschenkt zu haben.

⁷ Die nach dem Sechs-Tage-Krieg beschlossene UN-Resolution 242 vom 22. November 1967 fordert Israel zum Rückzug „aus besetzten Gebieten“ auf und fordert im Gegenzug eine Anerkennung Israels und die Respektierung seiner Sicherheit.

und diesen Konflikt nun durch die Hisbollah weiterführt. Für die Golanhöhen hatte das Regime in Damaskus nie auch nur einen Finger gerührt.

Unter syrischem Druck hatte sich die libanesische Regierung damals verpflichtet, die Schebaa-Farmen zu befreien, d.h. die Hisbollah sollte ihre Waffen solange behalten dürfen, wie Israel die Schebaa-Farmen besetzt hielt. Das stand allerdings im Widerspruch zum Ta'if-Abkommen, wonach *alle* Milizen im Libanon entwaffnet werden müssen. Obwohl die militärischen Operationen der Hisbollah gegen Israel nach 2000 abnahmen, erhoben sich Stimmen im Lande, insbesondere unter Christen, wonach die Schebaa-Farmen nicht mit Gewalt, sondern mit diplomatischen Mitteln befreit werden sollten (wie zum Beispiel das ägyptische Taba)⁸. Die Bewaffnung der Hisbollah sei deswegen unnötig.

Aufgrund der Ermordung Hariris und der verschlechterten Beziehungen zwischen Damaskus und der Regierung Siniora, insbesondere nach den Wahlen von 2005, schloß sich Drusenführer Walid Jumblat den Stimmen an, die sich gegen die Bewaffnung der Hisbollah aussprechen. Jumblat vertrat die Meinung, die Schebaa-Farmen seien gemäß der UN-Resolution gar nicht libanesisch; die Bewaffnung der Hisbollah sei somit illegal. In dieser Auseinandersetzung trat auch die Bewaffnung der Palästinenser in und außerhalb der Flüchtlingslager neu ins Bewußtsein.

Zwischen März und Juli 2006 bestand die Hoffnung, die Hauptprobleme Libanons könnten von den Spitzenvertretern der libanesischen Politik am Verhandlungstisch diskutiert werden. Diese Versuche waren zum Scheitern verurteilt, zum einen weil die Hisbollah die libanesische Armee für unfähig hielt, die Grenze im Süden gegen Israel zu schützen. Zum anderen, weil Israel ständig den libanesischen Luft- sowie Seeraum verletzte. Das lieferte der Hisbollah den Vorwand, ihre Waffen zu behalten.

⁸ Dorf an der Nordspitze des Golfs von Aqaba. Nachdem sich Israel im Friedensvertrag von 1979 verpflichtet hatte, den Sinai an Ägypten zurückzugeben, blieb strittig, auf welcher Seite der Grenze Taba liegen sollte. Nach diplomatischen Verhandlungen verzichtete Israel schließlich 1988 auf seine Ansprüche; seitdem gehört Taba zum ägyptischen Staatsgebiet.

So lehnte die Hisbollah eine gemeinsame Verteidigungspolitik mit der libanesischen Armee ab.

Man könnte fragen, ob die Hisbollah ihre Waffen niederlegen würde, falls Israel die Schebaa-Farmen an den Libanon zurückgäbe? Ich glaube nicht, daß das der Fall wäre. Die Hisbollah hatte öfter ihre Strategie angedeutet, den Kampf gegen Israel bis zur Befreiung aller besetzten arabischen Gebiete führen zu wollen. Durch die „Waffe Hisbollah“ fühlt sich die schiitische Gemeinschaft den anderen Religionsgruppen im Lande überlegen. Aus der Hisbollah ziehen die Schiiten politischen Gewinn und können vielleicht bald die stärkste politische Kraft im Lande werden. Das aber würde das Gleichgewicht zwischen den Konfessionen verletzen. In der Vergangenheit führten solche Verletzungen zu Bürgerkriegen und Auseinandersetzungen (1958, 1967–1974, 1975–1990). Es ist nicht erstaunlich, daß schiitische Intellektuelle kaum für die Entwaffnung der Hisbollah eintreten. Die Stärke Hisbollah ist gleichzeitig eine Stärke der schiitischen Gemeinschaft zu bedeuten. Die Ereignisse zwischen August und September 2006 (Krieg zwischen Israel und Hisbollah) haben bewiesen, daß diese Partei die Absicht verfolgt, ihre Herrschaft im Land geltend zu machen. Das könnte zu einer inneren politischen und konfessionellen Auseinandersetzung führen.

8. Die schwierige wirtschaftliche Situation

Vor dem letzten Krieg mit Israel hatte der Libanon 41 Milliarden US-Dollar Schulden. Im letzten Konflikt mit dem jüdischen Staat schätzt man die Verluste Libanons auf 15 Milliarden US-Dollar (Tab. IV). Der Libanon braucht einen „Marschall Plan“, um seine Wirtschaft zu sanieren. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß es Kräfte im Libanon gibt, die jeden Versuch zur Sanierung der libanesischen Wirtschaft mit europäischer und amerikanischer Hilfe blockieren. Das geschah mit Paris II und wird mit Paris III im Januar 2007 wahrscheinlich auch passieren. Die Hisbollah lehnt europäische Hilfe ab, weil sie befürchtet, daß der Libanon dadurch westlichem Druck nachgeben könnte. Sie spricht von „sauberem Geld“ aus dem

Iran, aber nicht von den Amerikanern, Europäern oder sogar von den arabischen Golfstaaten. Falls die Hisbollah und ihre Verbündeten an die Macht kämen, hätte Paris III keine Chance. Europäer wie Amerikaner werden die Hisbollah wie die Hamas behandeln. Für die sozio-ökonomische Lage des Libanon hätte das katastrophale Auswirkungen. Der Libanon bietet schon jetzt ein Beispiel dafür: Die ausländischen Investitionen, die in der ersten Hälfte des Jahres 2006 in den Libanon flossen, betrugen 3,5 Milliarden US-Dollar. Von Juli bis Oktober desselben Jahres weigerten sich ausländische Geldgeber dagegen, im Libanon zu investieren.

9. Libanon als Feld eines Regionalkonfliktes

Wie erwähnt, ist die geo-politische Lage des Libanon ein Nachteil, solange seine Stabilität von den Problemen der gesamten Region abhängt. Parallel zur Auseinandersetzung im Libanon spitzte sich die Situation im Mittleren Osten durch die Atombestrebungen Irans zu. Die USA betrachten Iran und Syrien als Terrorstaaten, die den Frieden im Nahen Osten bedrohen. Ferner werden auch Hamas und Hisbollah als Terrororganisationen eingestuft und nicht als Befreiungsbewegungen.

Die Hisbollah fühlt sich dem Iran religiös-politisch verbunden. Die sogenannte „Wilayat al-Faqih“, die hochstehende iranische Geistliche bevollmächtigt, die Angelegenheiten der Schiiten überall zu regeln, machte die Hisbollah den iranischen Mullahs sowie der politischen Führung Irans hörig. So wie Syrien die Hisbollah für seine Interessen im Libanon und gegenüber Israel instrumentalisiert, so ist die Hisbollah auch für die iranische Politik nützlich geworden in der Auseinandersetzung mit den USA und Israel. Für die iranische Führung, soll Israel vernichtet und Jerusalem befreit. Durch Hisbollah ist die Grenze Iran mit Israel im Südlibanon geworden. Die iranische Führung hatte die Hisbollah bis an die Zähne bewaffnet. Je mehr sich die Situation zwischen den USA und dem Iran zuspitzt, desto mehr Unruhe wird im Libanon entstehen.

Syrien hat den Libanon nie als souveränen Staat anerkannt. Von 1976–2005 stand der Libanon unter dem militärischen und politischen Einfluß Syriens. Im syrisch-israelischen Konflikt befand sich der Libanon in einer schwierigen geo-politischen Situation (Tab. V).

Auch Israel verfolgt seine eigenen Interessen im Libanon. Deswegen besetzte es einen südlichen Teil des Libanon zwischen 1978 und 2000. Parallel zu seiner Aggression verfolgte Israel damals zwei Hauptziele: (1) eine Normalisierung seiner Beziehungen zum Libanon herzustellen (was trotz des Mai-Abkommens im Jahre 1983 scheiterte)⁹; (2) die Maroniten zu ermutigen, sich aus dem Libanon zu lösen und einen eigenen Staat zu gründen. Dadurch hätten zwei Minderheitenstaaten, d.h. Israel und der Maronitenstaat, friedlich nebeneinander leben sollen. Doch zeigte sich: Israel sah und sieht im Libanon hauptsächlich einen Konkurrenzstaat, und zwar in puncto Wirtschaft, Tourismus, Know-how und vor allem in der Multikonfessionalität. Israel hatte öfters Versuche unternommen, die libanesische Wirtschaft zu zerstören. Im letzten Krieg vom Juli 2006 wurde das wieder deutlich. Seit dem Rückzug aus dem Libanon im Jahre 2000 wollte Israel die Hisbollah vernichten. Das ist Israel im letzten Krieg vom Juli 2006 nicht gelungen. Wenn es die Schebaa-Farmen an den Libanon zurückgäbe, würde es der Hisbollah den Vorwand nehmen, ihre Waffen weiter zu tragen und israelischen Boden anzugreifen. Mit der Stationierung der UNIFIL-Truppen südlich des Litani-Flusses meint Israel, daß es Ruhe haben

Nach der Besetzung des Irak durch die Amerikaner wurden die USA eine regionale Macht im Mittleren Osten. Davon wurde die ganze Region beeinflusst. Nachdem Präsident Bush die syrische Armee im Jahre 2005 zum Rückzug aus dem Libanon gezwungen hatte, schlugen sich christliche Politiker, später auch Drusen und Sunniten (Block 14. März), auf die Seite der USA und ihrer Bestrebungen, Libanon

⁹ Das Abkommen vom 17. Mai 1983 versuchte mitten im libanesischen Bürgerkrieg, mit Rückhalt der USA Frieden zwischen Israel und Libanon herzustellen; es sah unter anderem die Schaffung einer gemeinsamen Sicherheitszone im Südlibanon vor. Die Vereinbarung rief den Widerstand der libanesischen Muslime und der arabischen Welt hervor, so daß Staatspräsident Amin Gemayel 1984 von einer endgültigen Unterzeichnung Abstand nahm.

als „Vorbild der Demokratie“ im Nahen Osten durchzusetzen. Gleichzeitig bezog der Block des 14. März gegen den Iran und seine Verbündeten Stellung, also gegen die Hisbollah und Syrien. Seitdem kann man von zwei Achsen in der Region sprechen: eine besteht aus Iran-Syrien-Hisbollah-Hamas, die andere aus den USA, einigen arabischen Staaten und dem Block des 14. März. Dadurch wurde der Libanon – wie immer – zu einer Spielwiese regionaler Konflikte (Tab. VI).

Zusammenfassung

Ohne die Abschaffung des politischen Konfessionalismus und ohne die Einführung eines entsprechenden neuen Wahlgesetzes, das die Wahl von Parlamentariern nach dem tatsächlichen Willen des Volkes erlaubt, und ohne eine grundlegende Veränderung in der politischen Struktur und Mentalität wird es dem Libanon sehr schwer fallen, die dargestellten Probleme zu überwinden. Heute betrachtet die Opposition (Hisbollah und Anhänger) die Siniora-Regierung als illegal. Die Mehrheit der politischen Kräfte (der Block 14. März) verweigert dem Staatspräsidenten Lahoud die Anerkennung. Das Abgeordnetenhaus ist unfähig, politische Veränderungen herbeizuführen. Mit anderen Worten: Die drei wichtigsten Institutionen des Staates sind lahm gelegt. Wenn die Hisbollah ihre Waffen weiter behält und den Staat politisch und kulturell prägt, werden sich dagegen Stimmen erheben. Das bedeutet Instabilität und dauerhaften Konflikt. Unter den Christen, frustriert von den unlösbaren Problemen des Landes, wurde die Forderung erhoben, den Libanon föderalistisch neu zu gestalten. Aus wirtschaftlichen und geographischen Gründen sowie aufgrund der Tatsache, daß die Angehörigen der Konfessionen überall im Libanon verstreut leben, würde dieses alte, nun neu belebte Projekt für den Zusammenhalt Libanons eine Katastrophe bedeuten (Tab. VII).

Der Überblick über die von Kriegen und Unruhen gekennzeichnete Geschichte im Laufe eines Jahrhunderts macht uns sehr pessimistisch, was die Zukunft des Libanon angeht (Tab. VIII).

Tabelle I:

Veränderte Befugnisse des Staatspräsidenten

<p>Befugnisse des Staatspräsidenten gemäß der Verfassung 1926</p>	<p>Befugnisse des Staatspräsidenten gemäß des Ta'if-Abkommens 1989</p>
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Exekutive Gewalt ist unter seiner Kontrolle. ▪ Ernennung und Entlassung von Ministerpräsident und Ministern (alle sind seine Assistenten). ▪ Auflösung des Parlaments. ▪ Regierungsdekrete werden von ihm beschlossen. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Staatspräsident als Schiedsrichter zwischen Institutionen und als Beschützer der Verfassung. ▪ Exekutive Gewalt liegt beim Ministerrat ▪ Ernennung des Ministerpräsidenten sowie Bildung des Kabinetts ist nicht mehr alleinige Befugnis des Präsidenten, sondern stützt sich auf parlamentarische Beratung. ▪ Regierungsdekrete werden vom Kabinett beschlossen.

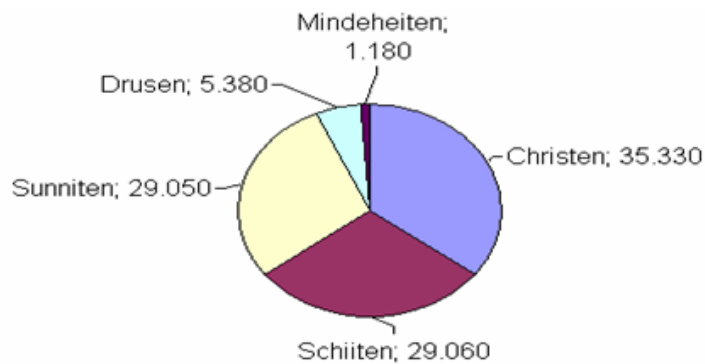
Quelle: Zusammengestellt vom Verfasser.

Tabelle II:

Statistische Zählung der libanesischen Konfessionen 1932-2006

Konfession	1932	%	1975	%	2006	%
Christen	402.363	51.2	1.199.000	37.4	1.715.263	35.3
Muslime	383.180	48.7	2.008.000	62.6	3.121.236	64.3
Summe	785.543	99.9	3.207.000	100	4.855.067	99.6

Volkszählung 2006



Quelle: Zeitschrift „An-Nahar“ (Beirut), 13. Nov. 2006.

Tabelle III:

UN-Resolution 1559 vom 2. Sept. 2004 im Bezug auf Libanon

Der Sicherheitsrat ...

1. bekräftigt seine Forderung nach strikter Achtung der Souveränität, territorialen Unversehrtheit, Einheit und politischen Unabhängigkeit Libanons unter der alleinigen und ausschließlichen Hoheitsgewalt der Regierung Libanons im gesamten Land;
2. fordert alle noch verbleibenden ausländischen bewaffneten Kräfte zum Abzug aus Libanon auf;
3. fordert die Auflösung und Entwaffnung aller libanesischen und nichtlibanesischen Milizen;
4. unterstützt die Ausweitung der Kontrolle der Regierung Libanons auf das gesamte libanesisches Hoheitsgebiet;
5. erklärt seine Unterstützung für einen freien und fairen Wahlvorgang bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in Libanon, der im Einklang mit libanesischen Verfassungsbestimmungen durchgeführt wird, die ohne ausländische Einmischung oder Einflußnahme ausgearbeitet wurden ...

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Resolution_1559_des_UN-Sicherheitsrates

Tabelle IV:

**Menschliche und materielle Kosten des Krieges Israel – Libanon
Juli/August 2006**

Verluste	Israel	Libanon
Tote Militär	117	
Tote Zivil	39	1.287
Verletzte	5.000	4.054
Zerstörte o. beschädigte Wohneinheiten	12.000	200.000
Vertriebene Einwohner	250.000	1.2 Millionen
Zerstörte Brücken		81
Gesamte Kriegskosten	5 Milliarden \$	15 Milliarden \$

Quelle: Abdel-Raouf Sinno, „Der israelisch-libanesischer Krieg 2006:Hintergründe, Haltungen und Dimensionen“, in: Hiwar al-Arab (Beirut), 22 (2006) 30-44 (arabisch).

Tabelle V:

Syrische und israelische Ziele im Libanon

Israel	Syrien
Trennung des Libanon vom syrischen Einfluß	Libanon ein Teil Syriens
Kein feindliches Regime im Libanon	Rückkehr in den Libanon und Ausübung ehemaliger Hegemonie
Abschluß eines Friedensvertrags mit Libanon	Kein feindliches Regime im Libanon
Vernichtung Hisbollah	Kontrolle der libanesischen Außenpolitik
Keine Angriffe über die Grenze	Sicherheit des Libanon mit der syrischen verbunden
Beschlagnahme des libanesischen Wasserreichtums	Besondere Beziehungen zwischen beiden Ländern
Vernichtung der libanesischen Wirtschaft	Wirtschaftliche und kulturelle Übereinstimmung zwischen beiden Staaten
Vernichtung des	Verhinderung eines Frieden

libanesischen Zusammenlebens	zwischen Libanon und Israel
---------------------------------	-----------------------------

Quelle: Zusammengestellt vom Verfasser.

Tabelle VI:

Die zwei wichtigsten politischen Fronten im Libanon und deren Zusammenarbeit mit dem Ausland

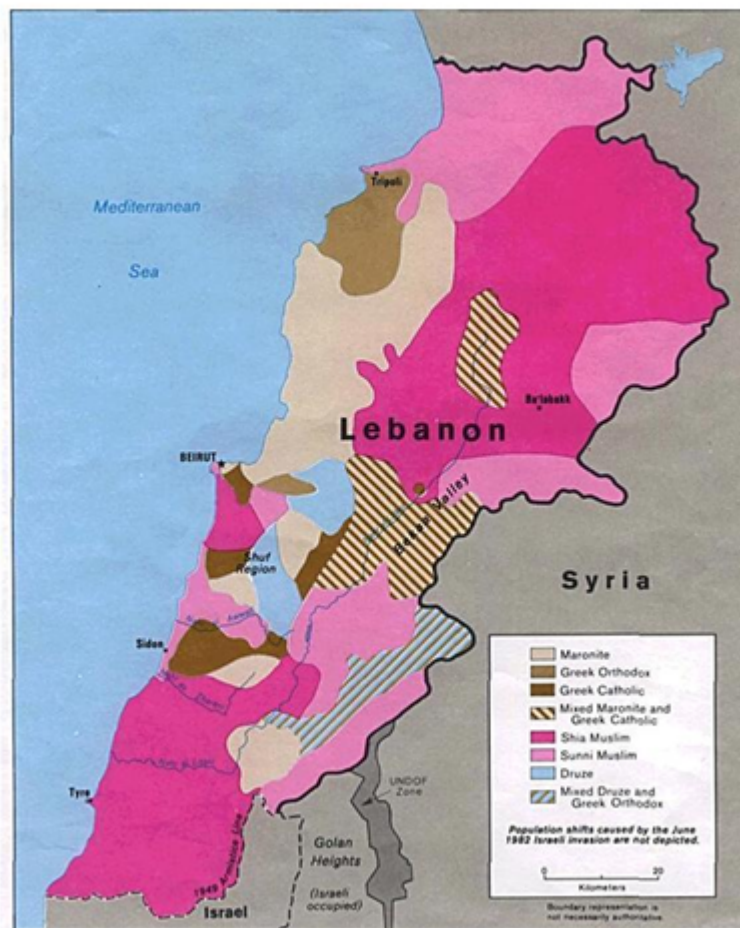
Mit USA	Mit Iran/Syrien
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zukunft-Strömung von Saad Hariri (konfessionsgemischt) ▪ Qurnat Schahwan (Maroniten) ▪ Demokratisches Zusammentreffen von Walid Jumblat (konfessionsgemischt) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Hisbollah (schiitisch) ▪ Amal-Bewegung (schiitisch) ▪ Staatspräsident Lahoud ▪ Die Nasseristen von Kamal Schatila (Sunnit) ▪ Die Nasseristen von dem Orthodoxe Najah Wakim (Gemischt) ▪ Ex-Premierminister Omar Karami (Sunnit) ▪ Mustafa Saad (Sunnit) ▪ Suleiman Franjeh (Maronit) ▪ -Talal Arslan (Druse) ▪ Abdul-Rahim Murad (Sunnit) ▪ General Michael Aoun (Maronit) ▪ Andere Kräfte

Parlamentssitze	Parlamentssitze
71	57

Quelle: Zusammengestellt vom Verfasser.

Tabelle VII:

Konfessionelle Wohnorte im Libanon



Quelle:

http://www.lib.utexas.edu/maps/middle_east_and_asia/lebanon_religionS.83.jpg

Tabelle VIII:

Konfessionelle Bürgerkriege und Unruhen (Teil I)

1841-1845	1860	1920	1943
<p>Bürgerkrieg</p> <p>Grund: - Streit zw. Maroniten und Drusen über Einfluss und Privilegien. - Einmischung der Großmächte und des Osmanisches Reiches.</p> <p>Ergebnis: Teilung Libanons in zwei Bezirke, maronitischer und drusischer</p>	<p>Bürgerkrieg</p> <p>Grund: politisch-soziale Widersprüche zw. Maroniten und Drusen Intervention der Großmächte sowie der Türkei.</p> <p>Ergebnis: Mont-Liban autonom, offiziell konfessionelles Proporzsystem</p>	<p>Auseinandersetzungen</p> <p>Grund: - Franz. Mandat - Gründung des Grand-Liban</p> <p>Ergebnis: - Ablehnung durch Muslime. Sie wollten Vereinigung mit Syrien. - Christen orientieren sich nach Westen.</p>	<p>Weitere Auseinandersetzungen wg. des Nationalpakts</p> <p>Grund: - Unklarer Identitätskompromiss: Libanon arabisch, aber von „speziellem Charakter“. - Libanon kooperiert mit der arab. Welt, aber gehört nicht dazu.</p> <p>Ergebnis: Spannung wegen Identität, Machtverteilung u. Außenpolitik</p>

Teil II

1958	1969	1975
Bürgerkrieg Grund: Kalter Krieg u. Streit zwischen Nasser und dem Westen. Ergebnis: - Betonung der Neutralität Libanons in der inner-arabischen Auseinandersetzung. - Kein Sieger – kein Verlierer.	Unruhen Grund: Zusammenstoß zw. Libanesischer Armee u. Palästinensern Ergebnis: - Kairoabkommen - PLO gründet Staat im Staate	Bürgerkrieg Grund: Streit unter den Libanesen um die Palästinenser Ergebnis: - Bürgerkrieg unter Libanesen und zwischen Libanesen und Palästinensern